

Kreis Steinfurt 48563 Steinfurt



Stadt Steinfurt
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

**Amt für Planung, Naturschutz
und Mobilität**
Uta Ahrens

Raum A613
Tel. 0 25 51 69-14 75
Fax 0 25 51 69-9 14 75

uta.ahrens@kreis-steinfurt.de

Mein Zeichen
61/1_09.10.03.01.21-91.
FNPÄ
19.06.2023

91. Änderung des Flächennutzungsplanes zur 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung einer Konzentrationszone; Stellungnahme gem. § 4 Abs. 1 BauGB

Guten Tag Frau Schnieder,

zur o.g. Planung nehme ich wie folgt Stellung:

Natur- und Artenschutz

Die Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft sind auf der Genehmigungsebene zu bewerten und abzuarbeiten. Für die Beurteilung des Ausgleichs bzw. des Ersatzes der Beeinträchtigung von Natur und Landschaft ist es erforderlich, entsprechenden Kompensationsmaßnahmen in Text und Karte darzustellen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für die Inanspruchnahme von Grünland und von Gehölzen jeweils ein funktionaler Ausgleich erforderlich ist.

Hinweis:

Sind für die Herstellung der Zufahrten oder im Zuge der sonstigen Bautätigkeiten erhebliche und/oder nachhaltige Eingriffe in gem. § 29 BNatSchG i. V. m. § 39 LNatSchG NRW gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile zwingend erforderlich, wird bereits an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass eine Befreiung gem. § 67 Abs. 1 BNatSchG erforderlich ist.

Artenschutzrechtliche Belange

Das Alter einiger Daten erreicht gemäß Methodenhandbuch (LANUV NRW 2021) Kap. 1 mit > 5 Jahren ein Alter, bei dem die Aussagekraft der verwendeten Daten angezweifelt wird. Über 7 Jahre alte Daten gel-

Kreissparkasse Steinfurt | IBAN
DE06 4035 1060 0000 0003 31
BIC WELADED1STF

VR-Bank Kreis Steinfurt eG | IBAN
DE74 4036 1906 4340 3002 00
BIC GENODEM11BB

Steuernummer
311 / 5873 / 0032 FA ST

USt-IdNummer
DE 124 375 892

ten nach dem Handbuch als veraltet. Über eine hinreichende Aussagekraft plausibel darlegen zu können, setzt das Methodenhandbuch eine Plausibilitätskontrolle voraus. Hierdurch soll vermieden werden, dass z.B. eine bedingt durch Lebensraumveränderungen nach Erhebung der Daten mögliche Verschiebung des von der Planung betroffenen Artenspektrums unerkannt und unberücksichtigt bleibt. Auch wenn der unteren Naturschutzbehörde keine Hinweise auf entsprechende Lebensraumveränderungen vorliegen, so sollte die vorgesehene Plausibilitätsprüfung (mindestens aus formalen Gründen bzw. Gründen der Rechts- und Planungssicherheit) im artenschutzrechtlichen Fachbeitrag enthalten sein.

Die Rastvogelkartierung im Frühjahr wurde zum 01.03.2017 begonnen. Nach dem Windenergieleitfaden NRW (2017) muss die Frühjahrsrast ab dem 15.02. durchgeführt werden. Somit stellt die Kartierung eine Abweichung vom Leitfaden dar. Es ist fachgutachterlich zu begründen, ob ein Defizit in der Kartierung der Rastvögel besteht.

Hinweis:

Die Art „Waldschnepfe“ wird im derzeit noch gültigen Windenergieleitfaden NRW (2017) als WEA-empfindlich eingestuft. Der Leitfaden befindet sich derzeit in der Überarbeitung. Im Zuge einer Fortbildung wurde durch Herrn Kiel, LANUV, thematisiert, dass die Waldschnepfe zukünftig in NRW nicht mehr als WEA-empfindlich eingestuft wird.

Daraufhin wurde seitens der unteren Naturschutzbehörde des Kreises Warendorf, am 06.02.2023 eine Anfrage an die Bezirksregierung Münster mit Bitte um Weitergabe an das LANUV, Herrn Dr. Kaiser, bezüglich der Einstufung der Waldschnepfe als windenergieempfindliche Art gestellt.

Herr Dr. Kaiser hat mit seiner Mail vom 07.02.2023 an die Bezirksregierung Münster, Frau Poguntke, bestätigt, dass die Art „Waldschnepfe“ in NRW nicht mehr als WEA-empfindlich eingestuft wird und aus fachlicher Sicht des LANUV keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind.

Die Waldschnepfe ist jedoch weiterhin bei bau- und anlagebedingten Beeinträchtigungen zu berücksichtigen.

Die in dem Artenschutzrechtlichen Fachbeitrag genannten Abschaltzeiten für WEA-empfindliche Fledermausarten (s. Kap. 8.2.5) sind nur für Anlagentypen mit hohen Rotoren anzuwenden. Bei Anlagentypen mit niedrigen Rotoren ist eine Einzelfallbetrachtung erforderlich. Allgemeine Aussagen oder Erkenntnisse liegen zu diesen Anlagentypen nicht vor. Bei derartigen Anlagen können andere als im Windenergieleitfaden NRW (Stand 2017) als WEA-empfindliche Fledermausarten eingestufte Arten betroffen sein (v.a. niedriger fliegende Arten).

Auskunft erteilen Frau Schultealbert/Frau Blome, Tel.: 02551-69-1427/1463

Bodenschutz, Abfallwirtschaft

Im Änderungsbereich „Trappenberg“ befindet sich eine Altablagerung, die unter der lfd. Nr. 21-55 registriert ist. Es wird daher empfohlen, die Altablagerung gem. „Altlastenerlass“ des Landes NRW vom 14.05.2005 zu kennzeichnen. Hierzu übersende ich Ihnen einen entsprechenden Lageplan.

Als textlichen Hinweis ist Folgendes mit aufzunehmen:

„Innerhalb des gekennzeichneten Bereiches befindet sich eine Altlagerung. Eingriffe in den Deponiekörper sind zuvor mit der unteren Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Steinfurt abzustimmen, um eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung von Abfällen sicherzustellen.“

Hinweise:

Sofern für die Errichtung von Windkraftanlagen bau- oder BImSch-rechtliche Verfahren notwendig sind, bitte ich die untere Bodenschutz- und Abfallwirtschaftsbehörde des Kreises Steinfurt zu beteiligen.

Auskunft erteilt Herr Grönefeld, Tel.: 02551-69-1465

Freundliche Grüße

im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ahrens', written over the printed name.

Ahrens



**Altablagerung
Gemarkung
Borghorst,
Fl. 58, Flstck.142**

Luftbild 2011/ Flurkarte
M = 1 : 1.500

- Legende**
- Altlastenverdachtsflächen
 - Altablagerungen
 - Altstandort
 - Altlast nachrichtlich
 - Verdachtsfläche
 - Schädliche Bodenveränderung
 - Verdachtsfläche nachrichtlich

| | |
|--|---|
| Aufgestellt: Kreis Steinfurt Der Landrat Umweltamt Untere Bodenschutzbehörde | Im Auftrag Steinfurt, den 10.08.2015 |
|--|---|

Von: [Bruns, Mark](#) im Auftrag von [GP Bw BAIUDBw Infra I 3 TOeB](#)
An: [Schnieder, Bärbel](#)
Betreff: AW: 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änd. des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Erg. einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB, hier: Benachrichtigung gemäß § 4 (1) BauGB
Datum: Mittwoch, 10. Mai 2023 15:14:22
Anlagen: [image002.png](#)

Klassifizierung: ÖFFENTLICH/PersDat Schutzbereich 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

eine Stellungnahme kann erst im offiziellen BlmSch Verfahren abgegeben werden, da dann die genaue Höhe der WEA und die Koordinate festliegt.

Allgemeiner Hinweis:

Im Zuge der Digitalisierung bitte ich Sie, Ihre Unterlagen in digitaler Form (E-Mail/Interlink) bereitzustellen und an den Organisationsbriefkasten

BAIUDBwToeB@bundeswehr.org zu senden.

Diese Vorgehensweise führt zu einer effizienten Arbeitsweise und schont die Umwelt.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bruns



BUNDESWEHR

**Bundesamt für Infrastruktur,
Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr**

Referat Infra I 3 - Hoheitliche Aufgaben

Fontainengraben 200

53123 Bonn

BAIUDBwToeB@bundeswehr.org

<https://www.bundeswehr.de/de/organisation/infrastruktur-umweltschutz-und-dienstleistungen/auftrag-iud/traeger-oeffentlicher-belange>

Von: Schnieder, Bärbel <schnieder@Stadt-Steinfurt.de>

Gesendet: Donnerstag, 4. Mai 2023 11:00

An: Amprion GmbH (leitungsauskunft@amprion.net) <leitungsauskunft@amprion.net>;
bauleit@ihk-nordwestfalen.de; Bez. Regierung Münster (dez54@brms.nrw.de)
<dez54@brms.nrw.de>; Bischöfliches Generalvikariat (info630@bistum-muenster.de)
<info630@bistum-muenster.de>; DBSImm-KLN-Baurecht@deutschebahn.com; Dez. 33
Bezirksregierung Münster (dez33@bezreg-muenster.nrw.de) <dez33@bezreg-muenster.nrw.de>; Gabriele Schröder (Gabriele.schroeder@kreis-steinfurt.de)

<Gabriele.schroeder@kreis-steinfurt.de>; Handwerkskammer (bauleitplanung@hwk-muenster.de) <bauleitplanung@hwk-muenster.de>; LWL - Archäologie (uwe.brieke@lwl.org) <uwe.brieke@lwl.org>; Monika Riedel (monika.riedel@lwl.org) <monika.riedel@lwl.org>; Pledoc (leitungsauskunft@pledoc.de) <leitungsauskunft@pledoc.de>; Posteingang-netzplanung-muenster@westnetz.de; Stadtwerke Steinfurt GmbH (info.technik@swst.de) <info.technik@swst.de>; steinfurt@lwk.nrw.de; Bez. Regierung Münster Dez. 32 (regionalplanung@brms.nrw.de) <regionalplanung@brms.nrw.de>; Bezirksregierung Dez. 26 (Andreas.steiner@brms.nrw.de) <Andreas.steiner@brms.nrw.de>; Bezirksregierung MS Dez. 26 (Dez26@brms.nrw.de) <Dez26@brms.nrw.de>; GP Bw BAIUDBw Infra I 3 TOeB <BAIUDBwInfraI3TOeB@bundeswehr.org>; Gemeinde Nordwalde (gemeinde@nordwalde.de) <gemeinde@nordwalde.de>; Jochen Thüning (jochen.thuening@laer.de) <jochen.thuening@laer.de>; Rehers (markus.rehers@wettringen.de) <markus.rehers@wettringen.de>; Stadt Emsdetten (stadtplanung@emsdetten.de) <stadtplanung@emsdetten.de>; Treuenberg (treuenberg@wettringen.de) <treuenberg@wettringen.de>

Betreff: 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änd. des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Erg. einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB, hier: Benachrichtigung gemäß § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 28.03.2023 den Beschluss der frühzeitigen Beteiligung zur 91. Änderung des Flächennutzungsplanes für die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB gefasst.

Der Planentwurf zur 91. Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes mit der Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen liegt daher in der Zeit vom

05.05.2023 bis zum 12.06.2023

für jedermann öffentlich im Rathaus zu den Dienststunden aus.

Die Planunterlagen sind im Internet auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de, in der Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“ einzusehen:

- Planentwurf
- Begründung inkl. Anlagen
- Gutachten

Folgende umweltbezogene Informationen liegen vor und können ebenfalls auf der Internetseite der Kreisstadt Steinfurt eingesehen und heruntergeladen werden:

- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag des Büros öKon GmbH, Münster,

vom 17.01.2023 mit Aussagen zu **planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten**

- Karte der **schutzwürdigen Böden** (Geologischer Dienst NRW).

Folgende Umweltinformationen zum **Schutzgut Boden** liegen vor:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Im Rahmen der Frühzeitigen Behördenbeteiligung möchte ich Sie zur Stellungnahme bis zum Ende der Beteiligungsfrist, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, auffordern.

Erfolgt innerhalb der Beteiligungsfrist keine Stellungnahme, so wird davon ausgegangen, dass Anregungen nicht vorliegen. Stellungnahmen, die nach Ende der Auslegungsfrist eingehen, können gem. § 4a (6) BauGB unberücksichtigt bleiben.



Emsdettener Str. 40 - 48565 Steinfurt
www.steinfurt.de

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag

Bärbel Schnieder

Stadtplanung

Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Tel.: +49 2552 925 238

Fax: +49 2552 925 472

E-Mail: schnieder@Stadt-Steinfurt.de

Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.



Eisenbahn-Bundesamt, Postfach 10 11 54, 45011 Essen

Kreisstadt Steinfurt
Die Bürgermeisterin
Postfach 2480
48553 Steinfurt

Bearbeitung: Juliane Heinle
Telefon: +49 (201) 2420-144
Telefax: +49 (201) 2420-9699
E-Mail: Heinlej@eba.bund.de
Sb1-esn-kl@eba.bund.de
Internet: www.eisenbahn-bundesamt.de
Datum: 30.05.2023

Geschäftszeichen (bitte im Schriftverkehr immer angeben)

EVH-Nummer:

64150-641pt/009-2023#204

Betreff: Steinfurt, 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“

Bezug: Ihr Schreiben vom 09.05.2023, Az.

Anlagen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ihr Schreiben ist am 09.05.2023 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.

Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.

Folgende Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Bahnanlagen empfehle ich:

1. Zu Schienenwegen: zweifacher Rotordurchmesser-Abstand (RDA)

Hausanschrift:
Hachestraße 61, 45127 Essen
Tel.-Nr. +49 (201) 2420-0
Fax-Nr. +49 (201) 2420-9699
De-Mail: poststelle@eba-bund.de-mail.de

Überweisungen an Bundeskasse Trier
Deutsche Bundesbank, Filiale Saarbrücken
BLZ 590 000 00 Konto-Nr. 590 010 20
IBAN DE 81 5900 0000 0059 0010 20 BIC: MARKDEF1590
Leitweg-ID: 991-11203-07

2. Zu Bahnstromfernleitungen (110 kV) einen ein- (mit Schwingungsschutzmaßnahmen) bzw. dreifachen (ohne) RDA
3. Zu Richtfunkstrecken und Sendeanlagen an Schienenwegen einen zweifachen RDA
4. Zu Richtfunkstrecken jenseits von Schienenwegen 35 Meter beidseits der Richtfunkstrecke
5. Zu Sendeanlagen jenseits von Schienenwegen das Höhenmaß der höheren Anlage.

Ob die genannten Anlagenarten unter Nrn. 2-5 tatsächlich vor Ort vorhanden sind, ist mir nicht bekannt. Hierüber kann im Zweifel die Betreiberin (siehe unten) Auskunft erteilen.

Die Mindestabstände haben empfehlenden Charakter. Die zuständige Bauaufsichtsbehörde entscheidet in alleiniger Verantwortung über etwaige, auf den Bahnbetrieb bezogene Risiken für die öffentliche Sicherheit und Ordnung im Sinne der Landesbauordnung.

Die Sicherheit und Leichtigkeit des betroffenen Eisenbahnverkehrs darf dabei jedenfalls nicht beeinträchtigt werden.

Bitte beachten Sie, dass das Eisenbahn-Bundesamt nicht die Vereinbarkeit aus Sicht der DB Netz AG, Produktionsdurchführung West, Duisburg, als Betreiberin der betroffenen Eisenbahnbetriebsanlagen und der Bahnstromfernleitungen prüft. Diese erfüllt ebenfalls Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher empfehle ich eine diesbezügliche Beteiligung, sofern diese nicht bereits stattfindet, dies kann ich leider aus den mir vorliegenden Unterlagen nicht ersehen.

Aktuelle zulassungsrechtliche und raumbedeutsame Planungen der Eisenbahnen des Bundes im betroffenen Bereich, die mit Ihrer Planung kollidieren könnten, sind mir nicht bekannt. Hierzu sollte sich ggf. ebenfalls die DB Netz AG äußern.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Gez. Heinle

1115

Kreisstadt Steinfurt

02. Juni 2023

FD 61



Straßen.NRW

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen

Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen
Regionalniederlassung Münsterland
Postfach 1641 · 48636 Coesfeld

Regionalniederlassung Münsterland

Stadt Steinfurt
Postfach 2480
48553 Steinfurt

Kontakt: Andreas Wies
Telefon: 02541- 742 - 108
Fax: 02541 - 742 - 271
E-Mail: andreas.wies@strassen.nrw.de
Zeichen: 54.03.05/Steinfurt/ML/4403
(Bei Antworten bitte angeben.)
Datum: 30.05.2023

91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung einer Konzentrationszone gemäß §1 (8) i.V.m § 2 BauGB

Ihr Schreiben vom 04.05.2023 AZ.: 61/Sb

Sehr geehrte Damen und Herren,

aus Sicht der Regionalniederlassung Münsterland bestehen keine Bedenken gegen die o.g. 91. Änderung des Flächennutzungsplanes.

Die Erschließung der Erweiterungsfläche erfolgt über rückwärtig gelegene Gemeindestraßen. Die 40 m Anbaubeschränkungszone von Bundes- oder Landesstraßen werden nicht beansprucht.

Gleichwohl bitte ich für die zukünftige Errichtung von Windenergieanlagen folgendes zu beachten:

Die sich aus den straßenrechtlichen Gesetzen ergebenden Abstandsmaße werden den tatsächlichen Gefährdungsverhältnissen, die sich durch die Windenergieanlagen für die Verkehrsteilnehmer ergeben können, nicht gerecht.

Gem. dem aktuellen Windenergie-Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr vom 08.05.2018 (8.2.5 Straßenrecht) ist eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Straßenverkehr durch Windenergieanlagen (z.B. durch Brand, Eiswurf) auszuschließen. Dafür wird der Rückgriff auf technische Lösungen empfohlen. Andernfalls sind Abstände, die sich aus dem **Eineinhalbfachen der Summe aus Nabenhöhe plus Rotordurchmesser** berechnen, zur Straße einzuhalten.

? - korrigieren?

Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass sich die Straßenbauverwaltung, trotz eventueller angewandten technischen Lösungen, von allen Ansprüchen Dritter freistellt, die sich aus dem Vorhandensein der Windenergieanlage für den Verkehrsteilnehmer auf klassifizierten Straßen ergeben.

Straßen.NRW-Betriebssitz · Postfach 10 16 53 · 45816 Gelsenkirchen ·
Telefon: 0209/3808-0
Internet: www.strassen.nrw.de · E-Mail: kontakt@strassen.nrw.de

Landesbank Hessen-Thüringen
IBAN: DE2030 0500 0000 0400 5815 BIC: WELADED3
Steuernummer: 307/5918/0848

Regionalniederlassung Münsterland

Wahrkamp 30 · 48653 Coesfeld
Postfach 1641 · 48636 Coesfeld
Telefon: 02541/742-0
kontakt.rnl.msl@strassen.nrw.de

Der Betreiber der Windenergieanlage bzw. die Genehmigungsbehörde haben das Haftungsrisiko alleine zu tragen.

Weitere Anregungen oder Bedenken werden nicht vorgetragen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A.


Andreas Wies

Von: [Selitz, Lisa Marie](#)
An: [Schnieder, Bärbel](#)
Betreff: AW: 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änd. des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Erg. einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB, hier: Benachrichtigung gemäß § 4 (1) BauGB
Datum: Montag, 12. Juni 2023 11:05:22

Sehr geehrte Frau Schnieder,

vielen Dank für die frühzeitige Beteiligung der LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur am o. g. Planverfahren zur Ergänzung einer Konzentrationszone im Teilflächennutzungsplan "Windenergie" der Stadt Steinfurt.

In Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung verweisen wir für den Schutzgegenstand "Kulturelles Erbe" bzw. "Kulturgut" darauf, dass sich der Änderungsbereich in dem bedeutsamen Kulturlandschaftsbereich "K 5.3 Raum Burgsteinfurt - Billerbeck" befindet. Der bedeutsame Kulturlandschaftsbereich der Fachsicht Landschaftskultur wurde im kulturlandschaftlichen Fachbeitrag zum Regionalplan Münsterland ausgewiesen. Der kulturlandschaftliche Fachbeitrag steht online unter <https://www.lwl.org/dlbw/service/publikationen/kulturlandschaft> zum Download zur Verfügung.

Wir regen an, für die nächsten Planungsschritte im Bauleitplanverfahren die Aussagen des kulturlandschaftlichen Fachbeitrages auszuwerten, für die Ebene des Flächennutzungsplans zu konkretisieren und mögliche Auswirkungen auf die kulturlandschaftsprägenden Merkmale des Kulturlandschaftsbereichs zu bewerten.

Mit freundlichen Grüßen
i. A.

Lisa Marie Selitz

Lisa Marie Selitz, M.A.
Wissenschaftliche Referentin für städtebauliche Denkmalpflege
Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
Fürstenbergstraße 15
48147 Münster
Tel.: 0251 591-3875
lisamaria.selitz@lwl.org

Besuchen Sie uns im Internet: www.lwl.org/dlbw/

Mit unserem Newsletter informieren wir Sie regelmäßig über aktuelle Projekte, Veranstaltungen und neue Publikationen. Jetzt abonnieren unter:
www.lwl.org/dlbw/service/newsletter

Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese Mail ausdrucken.

Von: Schnieder, Bärbel <schnieder@Stadt-Steinfurt.de>

Gesendet: Donnerstag, 4. Mai 2023 11:00

An: Amprion GmbH (leitungsauskunft@amprion.net) <leitungsauskunft@amprion.net>; bauleit@ihk-nordwestfalen.de; Bez. Regierung Münster (dez54@brms.nrw.de) <dez54@brms.nrw.de>; Bischöfliches Generalvikariat (info630@bistum-muenster.de) <info630@bistum-muenster.de>; DBSImm-KLN-Baurecht@deutschebahn.com; Dez. 33 Bezirksregierung Münster (dez33@bezreg-muenster.nrw.de) <dez33@bezreg-muenster.nrw.de>; Gabriele Schröder (Gabriele.schroeder@kreis-steinfurt.de) <Gabriele.schroeder@kreis-steinfurt.de>; Handwerkskammer (bauleitplanung@hwk-muenster.de) <bauleitplanung@hwk-muenster.de>; Brieke, Uwe <Uwe.Brieke@lwl.org>; Riedel, Monika <Monika.Riedel@lwl.org>; Pledoc (leitungsauskunft@pledoc.de) <leitungsauskunft@pledoc.de>; Posteingang-netzplanung-muenster@westnetz.de; Stadtwerke Steinfurt GmbH (info.technik@swst.de) <info.technik@swst.de>; steinfurt@lwk.nrw.de; Bez. Regierung Münster Dez. 32 (regionalplanung@brms.nrw.de) <regionalplanung@brms.nrw.de>; Bezirksregierung Dez. 26 (Andreas.steiner@brms.nrw.de) <Andreas.steiner@brms.nrw.de>; Bezirksregierung MS Dez. 26 (Dez26@brms.nrw.de) <Dez26@brms.nrw.de>; Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz u. Dienstleistungen (baudbwtoeb@bundeswehr.org) <baudbwtoeb@bundeswehr.org>; Gemeinde Nordwalde (gemeinde@nordwalde.de) <gemeinde@nordwalde.de>; Jochen Thüning (jochen.thuening@laer.de) <jochen.thuening@laer.de>; Rehers (markus.rehers@wettingen.de) <markus.rehers@wettingen.de>; Stadt Emsdetten (stadtplanung@emsdetten.de) <stadtplanung@emsdetten.de>; Treuenberg (treuenberg@wettingen.de) <treuenberg@wettingen.de>
Betreff: 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änd. des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Erg. einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB, hier: Benachrichtigung gemäß § 4 (1) BauGB

***[NdB-VN]: Diese Mail haben Sie ueber das Verbindungsnetz (NdB-VN) erhalten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Rat der Kreisstadt Steinfurt hat in seiner Sitzung am 28.03.2023 den Beschluss der frühzeitigen Beteiligung zur 91. Änderung des Flächennutzungsplanes für die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB gefasst.

Der Planentwurf zur 91. Änderung des o. g. Flächennutzungsplanes mit der Begründung sowie den wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Informationen liegt daher in der Zeit vom

05.05.2023 bis zum 12.06.2023

für jedermann öffentlich im Rathaus zu den Dienststunden aus.

Die Planunterlagen sind im Internet auf der Homepage der Kreisstadt Steinfurt unter der Adresse www.steinfurt.de <http://secure-web.cisco.com/1sYMAXEK7JMaTZGDMbkM0I8emWzer22PMdBaDPGfExF1iD5oBhvNgSwhqYXg4WdqhqaI9jVdM5iSaafcc1kEm4GCixIM2AcqT2BCRJ_3HaH-C-reE3s3hX7YieC2thU1umaTeehFaZ5J357XXlvRpGqMLG17sUPAxaw4YE5Kh32OgVJCFs-BSNYt2WpuRK_eAgW83TYXCQNv0SepGG_-HWxvAXg9d5TJafRjIECEbW_Ys9_vBpcQXnf0u4xkcqGp/http%3A%2F%2Fwww.steinfurt.de%2F>, in der Rubrik „Aktuelle Bauleitplanverfahren“ einzusehen:

- Planentwurf
- Begründung inkl. Anlagen
- Gutachten

Folgende umweltbezogene Informationen liegen vor und können ebenfalls auf der Internetseite der Kreisstadt Steinfurt eingesehen und heruntergeladen werden:

- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag des Büros öKon GmbH, Münster, vom 17.01.2023 mit Aussagen zu planungsrelevanten Tier- und Pflanzenarten
- Karte der schutzwürdigen Böden (Geologischer Dienst NRW).

Folgende Umweltinformationen zum Schutzgut Boden liegen vor:

- Kataster über altlastenverdächtige Flächen und Altlasten / Verzeichnis über schädliche Bodenveränderungen und Verdachtsflächen des Kreises Steinfurt.

Im Rahmen der Frühzeitigen Behördenbeteiligung möchte ich Sie zur Stellungnahme bis zum Ende der Beteiligungsfrist, auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 (4) BauGB, auffordern.

Erfolgt innerhalb der Beteiligungsfrist keine Stellungnahme, so wird davon ausgegangen, dass Anregungen nicht vorliegen. Stellungnahmen, die nach Ende der Auslegungsfrist eingehen, können gem. § 4a (6) BauGB unberücksichtigt bleiben.

[<http://www.stadt-steinfurt.de>](http://www.stadt-steinfurt.de)

Emsdettener Str. 40 - 48565 Steinfurt
www.steinfurt.de <http://secure-web.cisco.com/1fiHI6k7r-tWAfy-P7GPiFUN-YEKY7Mkr0nLrVEGo1ZkSmP_OTA4VPucYcGyLn7_VRTolZrSrl4dXoiBjGwgbXEh0taJic4zauPLKpJMRphl_0VnUAeg2cp5BoEsbqgeyZeMCEofOV59smmtbdfXcKLmHO3-5qAUeWedUpyaw7g5LfE2LV6bn3DDv2rj0uef-HD2hZS0HU-Ks7ZG__C4mASJ6g4Xvqjx9g-wxZLcntdWH1h77A7KctDMBaPkOe/http%3A%2F%2Fwww.steinfurt.de>

Mit freundlichen Grüßen
im Auftrag
Bärbel Schnieder
Stadtplanung
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung

Tel.: +49 2552 925 238
Fax: +49 2552 925 472
E-Mail: schnieder@Stadt-Steinfurt.de <<mailto:schnieder@Stadt-Steinfurt.de>>

Bitte denken Sie an die Umwelt, bevor Sie diese E-Mail ausdrucken.

Der LWL im Überblick:

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) arbeitet als Kommunalverband mit mehr als 20.000 Beschäftigten für die 8,3 Millionen Menschen in der Region. Der LWL betreibt 35 Förderschulen, 21 Krankenhäuser, 18 Museen, zwei Besucherzentren und ist einer der größten deutschen Hilfezahler für Menschen mit Behinderung. Er erfüllt damit Aufgaben im sozialen Bereich, in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und in der Kultur, die sinnvollerweise westfalenweit wahrgenommen werden. Ebenso engagiert er sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen. Die neun kreisfreien Städte und 18 Kreise in Westfalen-Lippe sind die Mitglieder des LWL. Sie tragen und finanzieren den Landschaftsverband, dessen Aufgaben ein Parlament mit 125 Mitgliedern aus den westfälischen Kommunen gestaltet.

Der LWL auf Facebook:
<http://www.facebook.com/LWL2.0>

LWL-Archäologie für Westfalen – An den Speichern 7 – 48157 Münster

Servicezeiten: Montag-Donnerstag 08:30-12:30 Uhr, 14:00-15:30 Uhr
Freitag 08:30-12:30 Uhr

Stadt Steinfurt
Stadtplanung und Bauordnung
z. Hd. Frau Schnieder
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

Ansprechpartnerin:
Dr. Sandra Peternek

Tel.: 0251 591 8880
E-Mail: sandra.peternek@lwl.org

Az.: Pe/Br/M 544/23B

Münster, 05.06.2023

91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt für die 2. Änderung des Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“

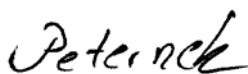
- Ihr Schreiben vom 04.05.2023 –

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Frau Schnieder,

es bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o. g. Planung. Wir bitten jedoch, folgenden Hinweis zu berücksichtigen:

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit/Fossilien) unverzüglich zu melden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Unteren Denkmalbehörde und der LWL-Archäologie für Westfalen, Außenstelle Münster (Tel. 0251/591 8911) unverzüglich anzuzeigen (§§ 16 und 17 DSchG NRW).

i.A.



(Dr. Peternek)

Netzauskunft

PLEdoc GmbH □ Postfach 12 02 55 □ 45312 Essen

Telefon 0201/3659-500
E-Mail netzauskunft@pledoc.de

Kreisstadt Steinfurt
FB Stadtplanung und Bauordnung
Emsdettener Straße 40
48565 Steinfurt

zuständig Michael Pernizki
Durchwahl 0201/3659-124

Ansprechpartner / in Ihre Nachricht vom Anfrage an unser Zeichen Datum
Bärbel Schnieder 04.05.2023 PLEdoc 20230502985 12.06.2023

91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt für die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergie" zur Ergänzung einer Konzentrationszone gemäß § 1(8) i. V. m. § 2 BauGB hier: Frühzeitigen Beteiligung gemäß § 4(1) BauGB

Tabelle der betroffenen Anlagen:

| lfd. Nr. | Eigentümer | Leitungstyp | Status | Leitung Nr. | DN | Blatt | Schutzstreifen | Ansprechpartner |
|----------|------------------|----------------------------------|------------|-------------|-----|-------------------------|--------------------------------|--|
| 1 | Open Grid Europe | Ferngasleitung mit Betriebskabel | in Betrieb | RG021000000 | 800 | 32 - 57 | 10 m | Thomas Volkmer 05903/952-00 Emsbüren |
| 2 | Open Grid Europe | Ferngasleitung | in Betrieb | RG421000000 | 800 | 24 - 52 | 10 m | Thomas Volkmer 05903/952-00 Emsbüren |
| 3 | Open Grid Europe | Nachrichtenkabel | in Betrieb | RG999021005 | | 24 - 52 der FG 21 | im Schutzstreifen der FG 21 | Gregor Pokora 0201/3642-18310 Altenessen |

Sehr geehrte Frau Schneider,
sehr geehrte Damen und Herren,

von der Open Grid Europe GmbH (OGE), Essen, sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.

Unabhängig davon, ob es sich bei den eingangs aufgeführten Versorgungsanlagen um eine oder mehrere Ferngasleitungen, Nachrichtenkabel, Korrosionsschutzanlagen oder sonstiges Zubehör handelt, bezeichnen wir diese nachfolgend als Versorgungsanlage.

Die Trassenführung der Versorgungsanlage ist aus den beiliegenden Planunterlagen zu entnehmen. Berücksichtigen Sie bitte hierzu das Merkblatt zur Dokumentation.

Geschäftsführer: Marc-André Wegener

PLEdoc GmbH • Gladbecker Straße 404 • 45326 Essen
Telefon: 0201 / 36 59-0 • Internet: www.pledoc.de
Amtsgericht Essen - Handelsregister B 9864 • USt-IdNr. DE 170738401

Zertifikatsnummer
45326/10-22



Zertifiziert nach
DIN EN ISO 9001:2015

Wie aus den Planunterlagen zu entnehmen ist, verläuft die Versorgungsanlage außerhalb der festgelegten Konzentrationszonen für die Windenergienutzung. Wir erheben daher gegen die 91. Änderung des Flächennutzungsplanes (gleichzeitig 2. Änderung des STFNP Wind) keine grundsätzlichen Einwände.

Hinsichtlich der geplanten umweltrelevanten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Umweltauswirkungen teilen Sie unter Ziffer 9.4 der Begründung mit, dass eine Bilanzierung des mit der Umsetzung des Vorhabens verbundenen Eingriffes erst auf der nachfolgenden Genehmigungsebene, wenn konkrete Auswirkungen aufgrund der dann vorliegenden Detailschärfe absehbar werden, erfolgen soll. In diesem Zusammenhang weisen darauf hin, dass durch die Festsetzung planexterner Ausgleichsflächen eine Betroffenheit der von uns verwalteten Versorgungsanlage nicht auszuschließen ist. Wir bitten daher um weitere Beteiligung am Verfahren.

Weitere Anregungen entnehmen Sie bitte dem ebenfalls beiliegenden Merkblatt der OGE "Berücksichtigung von unterirdischen Ferngasleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen".

Mit freundlichen Grüßen
PLEdoc GmbH

- Dieses Schreiben ist ohne Unterschrift gültig -

Anlagen
Planunterlagen
Merkblätter

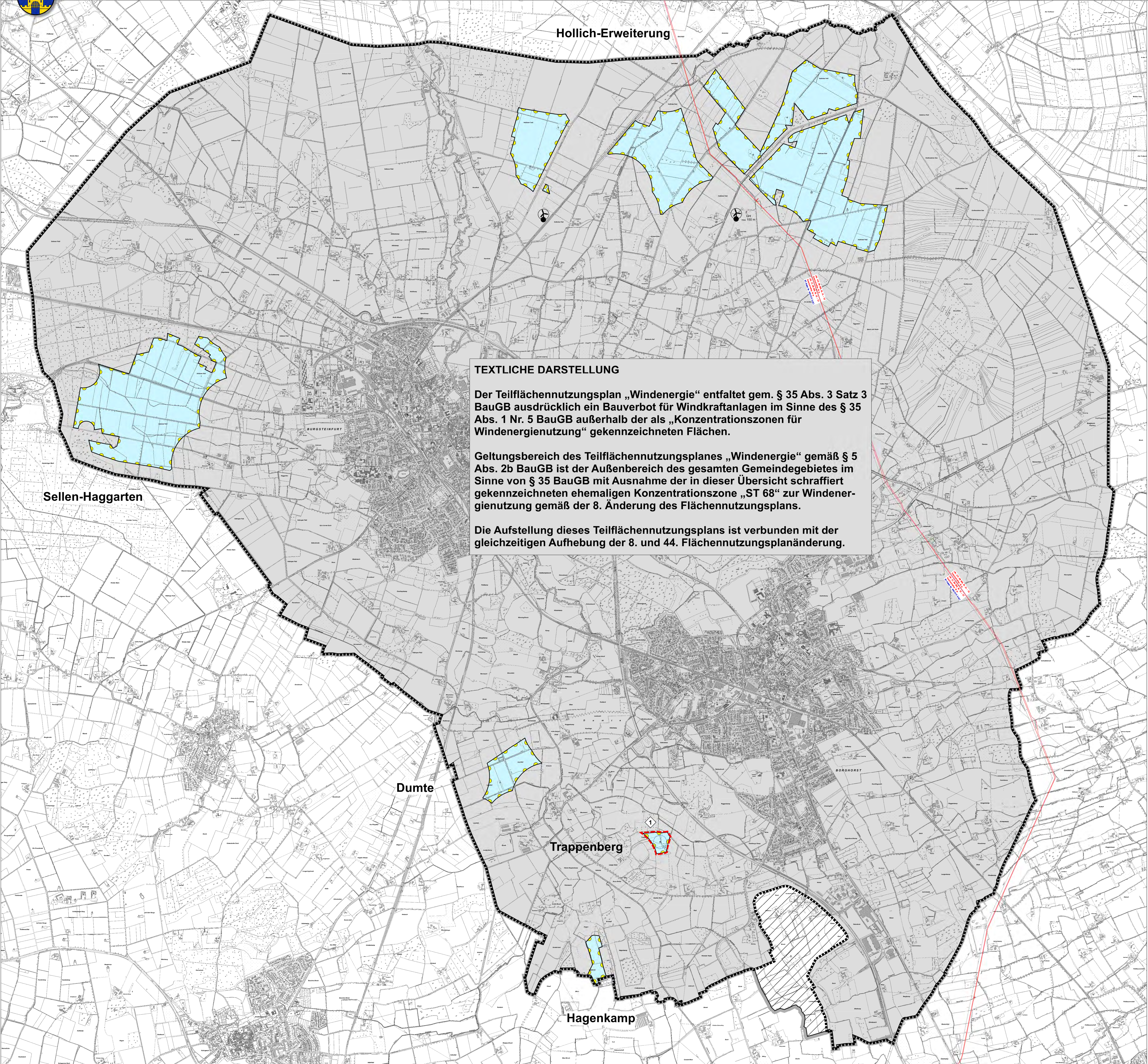
Datenschutzhinweis:

Im Rahmen der Netzauskunft, werden die von Ihnen angegebenen personenbezogenen Daten zum Zweck der Bearbeitung Ihres Anliegens und zur Kontaktaufnahme mit Ihnen verarbeitet. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO. Die Aufbewahrungs- bzw. Löschungsfrist beträgt 10 Jahre, sofern nicht bei einer von uns jährlich durchgeführten Überprüfung ein Zweckfortfall der Aufbewahrung festgestellt wird.

Sie haben das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung oder Einschränkung und Übertragbarkeit der Sie betreffenden personenbezogenen Daten. Zudem haben Sie das Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.



2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ gleichzeitig 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt



TEXTLICHE DARSTELLUNG

Der Teilflächennutzungsplan „Windenergie“ entfaltet gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ausdrücklich ein Bauverbot für Windkraftanlagen im Sinne des § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB außerhalb der als „Konzentrationszonen für Windenergienutzung“ gekennzeichneten Flächen.

Geltungsbereich des Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ gemäß § 5 Abs. 2b BauGB ist der Außenbereich des gesamten Gemeindegebietes im Sinne von § 35 BauGB mit Ausnahme der in dieser Übersicht schraffiert gekennzeichneten ehemaligen Konzentrationszone „ST 68“ zur Windenergienutzung gemäß der 8. Änderung des Flächennutzungsplans.

Die Aufstellung dieses Teilflächennutzungsplans ist verbunden mit der gleichzeitigen Aufhebung der 8. und 44. Flächennutzungsplanänderung.

PLANZEICHENERLÄUTERUNG

- Geltungsbereich des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes mit Ausnahme von Flächen, die gemäß § 34 BauGB (unbepannter Innenbereich) oder § 30 BauGB (Geltungsbereich von Bebauungsplänen) zu beurteilen sind. Außerhalb dieses Geltungsbereiches gilt die allgemeine Privilegierung von Windenergienutzung gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB
- Stadtgrenze, gleichzeitig Geltungsbereich für die Aufhebung der 8. und 44. Flächennutzungsplanänderung
- Aufhebung der bisherigen Konzentrationszone für Windkraftanlagen (8. Flächennutzungsplanänderung, Konzentrationszone ST 68) einschließlich Höhenbeschränkung; Vorhaben zur Windenergienutzung sind hier gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB zu beurteilen.
- Konzentrationszone für Windenergienutzung im Sinne von § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB
- Überlagernde Darstellung (die bisherigen Darstellungen des Gesamt-Flächennutzungsplanes innerhalb der Konzentrationszonen behalten ihre Gültigkeit)

HINWEISE

Innerhalb der Konzentrationszonen „Hollich“ und „Sellen-Haggarten“ sind zivile und militärische Richtfunk- bzw. Radartrassen zu beachten.

Werden im Zuge der Fundamentarbeiten kulturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauerwerk, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfallungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit entdeckt, ist dies der unteren Denkmalbehörde (Stadt) und der LWL-Archäologie für Westfalen (Tel. 0251 / 5918911) gemäß § 15 und § 16 DSchG unverzüglich anzuzeigen.

Bestandssicherung für Einzelanlagen mit Höhenbeschränkung innerhalb der ehemaligen Konzentrationszone ST 15 (8. und 44. Flächennutzungsplanänderung): Mit Bezug auf das Regel-Ausnahme-Verhältnis gem. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB kann für zwei Windkraftanlagen, die mit folgendem Symbol gekennzeichnet sind bei Neubau oder baulichen Veränderungen die Ausschlusswirkung dieses Teilflächennutzungsplans nicht entgegen gehalten werden, soweit Standort und die maximale Gesamthöhe von 150 m beibehalten werden und sonstige öffentliche Belange gem. § 35 Abs. 1 BauGB nicht entgegenstehen.

20230502985

Von uns verwaltete Versorgungsanlagen im Bereich des mitgestellten Projektes

- ☒ überprüft
- ☒ berichtigt
- ☒ ergänzt
- ☒ nach Messungszahlen eingetragen
- ☒ graphisch übernommen

PLEDoc GmbH Bearbeiten: Pernitzki
Essen, 12.06.2023 Geprüft: Sultzbacher

Für die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“

- Änderungsbereich
- Ergänzung durch die Konzentrationszone „Trappenberg“ Überlagerung von „Fläche für die Landwirtschaft“ mit der Darstellung „Konzentrationszone für Windenergienutzung im Sinne von § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB“
- Hinweislich: geplanter WKA-Standort mit Rotorkreis

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zuletzt geänderten Fassung.

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S. 3786), in der zuletzt geänderten Fassung.

Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 I S. 58), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW. S. 666), in der zuletzt geänderten Fassung.

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), in der zuletzt geänderten Fassung.

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), in der zuletzt geänderten Fassung.

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), in der zuletzt geänderten Fassung.

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), in der zuletzt geänderten Fassung.

ÄNDERUNGSVERFAHREN

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Steinfurt hat am 12.06.2023 gemäß § 1 Absatz 8 i.V.m. § 2 des Baugesetzbuches beschlossen, die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes aufzustellen. Dieser Beschluss ist am 12.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Frühzeitige Unterrichtung

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange über die Bauleitplanung hat in der Zeit vom 12.06.2023 bis 12.07.2023 einschließlich gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 des Baugesetzbuches stattgefunden.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Öffentliche Auslegung

Der Rat der Stadt Steinfurt hat am 12.06.2023 gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuches beschlossen, diese 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes – Entwurf mit Begründung – öffentlich auszulegen.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Diese 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes – Entwurf mit Begründung – hat gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuches in der Zeit vom 12.06.2023 bis 12.07.2023 einschließlich öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist am 12.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Diese Auslegung gemäß § 3 Absatz 2 wurde gleichzeitig mit der Einholung der Stellungnahmen gemäß § 4 Absatz 2 des Baugesetzbuches durchgeführt.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Feststellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Steinfurt hat gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuches am 12.06.2023 über die vorgebrachten Anregungen und Bedenken entschieden und die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes einschließlich Begründung festgestellt.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Ausfertigungsvermerk

Es wird hiermit bestätigt, dass die vorliegende Ausfertigung dieses sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ in der Fassung der 2. Änderung (gleichzeitig 91. Änderung des Flächennutzungsplanes) dem Feststellungsbeschluss des Rates der Stadt Steinfurt am zu Grunde lag und dem Feststellungsbeschluss entspricht.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Genehmigung

Diese 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Absatz 1 des Baugesetzbuches mit Verfügung vom 12.06.2023 genehmigt worden.

Münster, den 12.06.2023

Az.: 12.06.2023

Die Bezirksregierung Im Auftrag:

Inkrafttreten

Die Genehmigung dieser 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gemäß § 6 Absatz 5 des Baugesetzbuches am 12.06.2023 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ / 91. Änderung des Flächennutzungsplanes wirksam.

Steinfurt, den 12.06.2023

Bürgermeisterin (Bögel-Hoyer)

Stadt Steinfurt

2. Änderung des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ gleichzeitig 91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt

Maßstab im Original 1 : 15.000
Blattgröße 132 x 92 cm
Bearbeiter Ahn / We
Datum 08.03.2023

WP / WoltersPartner
Stadtplaner GmbH
Duisburger Straße 15 • D-48603 Coesfeld
Telefon 02543 9408-0 • Fax 9408-100
stadtplaner@wolterspartner.de

0 150 300 450 600 750 m

Auftraggeber:
Stadt Steinfurt

Merkblatt zur Dokumentation

Allgemein

Die Darstellung der Ferngasleitungen / Rohrfernleitungen, deren Zubehör (dazu zählen Nachrichten- u. Betriebskabel und Korrosionsschutzanlagen) sowie Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln ist in den Bestandsunterlagen nach bestem Wissen erfolgt. Gleichwohl ist die Möglichkeit einer Abweichung im Einzelfall nicht ausgeschlossen.

Dokumentation von Ferngasleitungen / Rohrfernleitungen

Die Höhenangaben in den Längenschnitten beziehen sich auf den Zeitpunkt der Leitungsverlegung. Nachträgliche Niveauänderungen wurden nicht erfasst. Höhenangaben in Senkungsgebieten sind nur bedingt verwendbar.

Dokumentation von Betriebskabeln (Begleitkabel)

Betriebskabel sind im Schutzstreifen parallel zur Ferngasleitung / Rohrfernleitung verlegt. Die Lage und Deckung des Kabels sind im Bestandsplan nicht dokumentiert. Betriebskabel können sich in wechselnder Lage über die gesamte Breite des Schutzstreifens erstrecken.

Dokumentation von Nachrichtenkabeln

• in gemeinsamer Trasse mit einer Rohrleitung

Hinweise zur Lage der Nachrichtenkabel sind in der Regel dem Bestandsplan der parallel verlaufenden Ferngasleitung / Rohrfernleitung zu entnehmen. In Sonderfällen sind separate Bestandspläne angefertigt.

• in Solotrasse

Für den Bereich der Solotrassen liegen im Allgemeinen nur Grundrisszeichnungen vor. Deckungsangaben, soweit sie bei der Verlegung erfasst wurden, werden mit D = und dem Maß in Metern angegeben. Bei grabenloser Verlegung ist zusätzlich ein Längenschnitt (Bohrprofil) mit den Auswertungen des Bohrprotokolls vorhanden.

Dokumentation von kathodischen Korrosionsschutzanlagen (KKS-Anlagen)

KKS-Anlagen sind nur zum Teil in den Schutzstreifen der Ferngasleitungen / Rohrfernleitungen angeordnet und somit in den Bestandsplänen dokumentiert. Für außerhalb der entsprechenden Leitungspläne liegende Anlagen ist zusätzlich eine separate Dokumentation erstellt. Ferngasleitungen / Rohrfernleitungen sind zum Schutz gegen Hochspannungsbeeinflussung mit Erdern ausgerüstet. Die Erder sind als Band Eisen oder Tiefenerder ausgeführt und können innerhalb oder außerhalb der Schutzstreifen der Ferngasleitungen / Rohrfernleitungen verlegt bzw. angeordnet sein.

Bereiche, die hochspannungsbeeinflusst sind und an denen nur unter zusätzlichen Schutzmaßnahmen gearbeitet werden darf, sind in der Bestandsdokumentation durch den Hinweis eines Stempelaufdrucks gesondert ausgewiesen.

Dokumentation von Kabelschutzrohranlagen mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln (KSR)

• in gemeinsamer Trasse mit einer Rohrleitung

Hinweise zur Lage der Kabelschutzrohranlagen sind in der Regel dem Bestandsplan der parallel verlaufenden Ferngasleitung / Rohrfernleitung zu entnehmen. In Sonderfällen wurden separate Bestandspläne angefertigt.

Die Erdüberdeckung der Kabelschutzrohre beträgt bei Verlegung in der Regel mindestens 1 m, im Bereich von öffentlichen Wegen ca. 60 cm. Die derzeitige Deckung kann auch geringer oder größer sein, da vorstehende Angaben sich auf den Verlegezeitraum beziehen und nachträgliche Niveauänderungen nicht berücksichtigen.

Trassenabschnitte, die in grabenloser Verlegung ausgeführt wurden, sind als Sonderzeichnung auf dem Bestandsplan mit zugehörigem Längenschnitt (Bohrprofil) berücksichtigt. Die Höhenangaben der Kabelschutzrohranlagen im Bohrprofil beziehen sich auf die Auswertungen eines Bohrprotokolls.

Übersichtskarte

© NavLog/GeoBasis-DE / BKG 2020 / geoGLIS OHG (p)
by Intergraph/HexagonSI

Merkblatt

Berücksichtigung von unterirdischen Ferngasleitungen bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen

Allgemeines

Ferngasleitungen dienen der öffentlichen Energieversorgung. Sie sind bei der Aufstellung von Flächennutzungsplänen und Bebauungsplänen sowie bei den sich aus diesen Plänen ergebenden Folgemaßnahmen zu berücksichtigen.

Unterirdische Ferngasleitungen der OGE sind im Allgemeinen mit einer Erddeckung von 1 m verlegt worden. Parallel zur Ferngasleitung geführte Fernmelde-, Mess- und Steuerkabel können in einer geringeren Tiefe liegen. Bestimmte Leitungsarmaturen und Einbauteile treten an die Erdoberfläche und sind durch Straßenkappen geschützt.

Unsere Leitungen sind kathodisch gegen Element- und Streuströme geschützt.

Die Ferngasleitungen unserer Gesellschaft liegen grundsätzlich in der Mitte eines Schutzstreifens, der im Allgemeinen 8 bis 10 m breit ist. Leitungsverlauf, genaue Schutzstreifenbreite und weitere Einzelheiten ergeben sich aus den Leitungsplänen.

Leitungsrechte bestehen in der Regel in Form von beschränkten persönlichen Dienstbarkeiten (§§ 1090 ff. BGB), die im Grundbuch eingetragen sind, bzw. in Form von schuldrechtlichen Verträgen.

Im beiderseitigen Interesse sind wir bereits bei der Planung über alle Maßnahmen und Vorhaben im Bereich des Schutzstreifens zu unterrichten, damit erforderliche Schutzmaßnahmen rechtzeitig vereinbart werden können.

Wir verweisen insoweit als Träger öffentlicher Belange auf § 4 Abs. 1 des Baugesetzbuches (BauGB).

Sollte der Flächennutzungsplan bzw. der Bebauungsplan oder die sich hieraus ergebenden Folgemaßnahmen den Schutzstreifen berühren oder kann der Bestand oder Betrieb der Ferngasleitung durch diese Maßnahmen beeinträchtigt oder gefährdet werden, so sind zur Vermeidung unzulässiger Einwirkungen folgende Punkte zu beachten:

1. Wir empfehlen, die Leitung mit Schutzstreifen nach § 5 Abs. 4 bzw. § 9 Abs. 6 BauGB nachrichtlich in die Bauleitpläne zu übernehmen oder sonst an geeigneter Stelle zu beschreiben und zeichnerisch darzustellen.

Lagepläne werden bei Bedarf - wenn erforderlich, mit Einmessungszahlen - zur Verfügung gestellt, oder die Leitung wird von der PLEdoc GmbH in unserem Auftrag in eine Kopie des Flächennutzungsplanes bzw. Bebauungsplanes einkartiert.

2. Nicht zulässig sind innerhalb des Schutzstreifens:

- die Errichtung von Gebäuden aller Art, sowie von Mauern parallel über bzw. unmittelbar neben den Ferngasleitungen,
- Oberflächenbefestigungen in Beton
- Dauerstellplätze z. B. für Campingwagen, Verkaufswagen usw.
- die Einleitung von Oberflächenwasser /-aggressiver Abwässer
- sonstige Einwirkungen, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung gefährden oder beeinträchtigen können.

Nur mit unserer besonderen Zustimmung und Einhaltung unserer Auflagen sind statthaft

- die Freilegung unserer Leitung,
- Niveauänderung im Schutzstreifen,
- der Neubau von kreuzenden oder parallel führenden Straßen, Wegen, Kanälen, Rohrleitungen, Kabeln, Freileitungen und Gleisanlagen.

Sind sonstige Baumaßnahmen geplant, bei denen eine Leitungsbeeinflussung nicht ausgeschlossen werden kann, so empfiehlt sich eine frühzeitige Abstimmung über Zulässigkeit und ggf. einzuhaltende Auflagen.

3. Anpflanzungen von Bäumen und tiefwurzelnden Sträuchern, insbesondere bei Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der Kompensation, sind zum Schutz der Ferngasleitung grundsätzlich außerhalb des Schutzstreifens zu planen. Für die Trassenüberwachung aus der Luft und vom Boden muss der Trassenverlauf der Leitung sichtbar und begehbar bleiben.

4. Bei der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) müssen Abstände bis 850 m eingehalten werden. Diese Abstände können im Einzelfall in Abhängigkeit der Leistungs- und Kenndaten bis auf 35 m verringert werden. Hierzu ist in jedem Fall die Abstimmung und Genehmigung mit uns zwingend erforderlich. Dazu sind uns alle technischen Daten zur Verfügung zu stellen.

Bauausführung

Vor Aufnahme von Arbeiten im Bereich oder in der Nähe der Schutzstreifen sind wir in jedem Falle zu benachrichtigen, damit erforderlichenfalls die Lage der jeweiligen Leitung und der zugehörigen Einrichtungen durch uns in der Örtlichkeit markiert und die Arbeiten überwacht werden können.

Open Grid Europe GmbH
Kallenbergstraße 5
45141 Essen

www.oge.net

Herausgeber:

Open Grid Europe GmbH

Kallenbergstraße 5
45141 Essen

T +49 201 3642-0
info@oge.net
www.oge.net



2020/04

Anweisung

zum Schutz von
Ferngasleitungen
und zugehörigen
Anlagen

Eine kostenfreie Leitungsauskunft erhalten Sie über BIL –
Bundesweites Informationssystem zur Leitungsrecherche

BIL
Die Leitungsauskunft

www.bil-leitungsauskunft.de



Inhalt

| | |
|--|----|
| Anweisung | 3 |
| 1. Allgemeines | 4 |
| 2. Erkundigungspflicht | 4 |
| 3. Kathodischer Korrosionsschutz (KKS) | 6 |
| 4. Sicherung gegen Bergbaueinwirkungen | 7 |
| 5. Bauvorhaben im Schutzstreifenbereich | 7 |
| 6. Benachrichtigung | 13 |
| 7. Schadensfälle | 14 |

Anweisung

zum Schutz von Ferngasleitungen und zugehörigen Anlagen
der Open Grid Europe GmbH

☐ Die Anweisung erhalten Sie als Anlage zum Schreiben der

PLEdoc GmbH mit Zeichen _____ vom _____

☐ Die Anweisung bezieht sich vorläufig auf den Ortstermin

am _____

Stand: Dezember 2021

1. Allgemeines

Diese Schutzanweisung gilt für sämtliche von uns betriebenen und betreuten Leitungsnetze. Die der öffentlichen Energieversorgung dienenden Ferngasleitungen sind grundsätzlich in einem Schutzstreifen verlegt, der durch beschränkte persönliche Dienstbarkeiten (§§ 1090 ff. BGB) gesichert ist. Ferngasleitungen werden in der Regel von Kabeln bzw. Kabelschutzrohren begleitet. Diese Kabel haben betriebswichtige Funktionen und dürfen ebenso wie die Ferngasleitungen keinesfalls beschädigt werden. Bei jedem unerwarteten Auffinden eines Kabels oder Kabelschutzrohres ist unbedingt sofort der zuständige Beauftragte des technischen Betriebes der Open Grid Europe GmbH (nachfolgend Beauftragter genannt) zu benachrichtigen. Die Erdüberdeckung der Ferngasleitungen beträgt bei Verlegung in der Regel ca. 1 m, die der Kabel ca. 0,8 m. Die Deckung kann auch geringer bzw. größer sein, da sich die vorstehenden Angaben auf den Verlegezeitpunkt beziehen und nachträglich eingetretene Niveauänderungen nicht berücksichtigen.

2. Erkundigungspflicht

Schon im Stadium der Planung ist es unerlässlich, Erkundigungen nach Vorhandensein und Lage von Ferngasleitungen einzuholen. Durch Kenntnis der Planung können notwendige Maßnahmen rechtzeitig berücksichtigt und abgestimmt werden. Wir verweisen darauf, dass wir im Sinne des § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) Träger öffentlicher Belange sind. Ferner wird auf das geltende DVGW-Regelwerk, insbesondere auf das DVGW-Arbeitsblatt GW 315 und auf die Unfallverhütungsvorschrift (UVV) BGV C22, DGUV Vorschrift 38 – Bauarbeiten – verwiesen.

Leitungsauskunft

Anfragen zu Planungen und Baumaßnahmen sind mit einem angemessenen Zeitvorlauf und entsprechenden vollständigen Planungsunterlagen über das BIL-Portal zu stellen. Mit Beantwortung Ihrer Anfrage erhalten Sie eine Stellungnahme einschließlich zugehöriger Unterlagen. Weitere Informationen über BIL können Sie der Seite <http://bil-leitungsauskunft.de/> entnehmen.

Anzeige des Arbeitsbeginns

Rechtzeitig, **d. h. mindestens zwei Wochen** vor Beginn der Arbeiten, muss der beauftragte Unternehmer uns den bevorstehenden Arbeitsbeginn anzeigen und einen Termin zur Leitungsanzeige mit unserem Beauftragten vereinbaren. Bei diesem sind die aus der vorstehend beschriebenen Erkundigung hervorgegangenen Unterlagen vorzulegen. Auf Abschnitt 6, „Benachrichtigung“, wird verwiesen.

Das alleinige Einholen von Unterlagen gilt nicht als Arbeitsgenehmigung.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass Verstöße eines Bauausführenden gegen die Erkundigungs- und Sorgfaltspflicht im Schadensfall zu einer Schadensersatzverpflichtung nach § 823 BGB führen und darüber hinaus im Einzelfall auch mit strafrechtlichen Konsequenzen verbunden sein können. Insbesondere trifft dies für unangekündigte Arbeiten im Schutzstreifenbereich zu.

Abweichungen, Änderungen

Bei Änderung der Bauplanung oder Abweichung von ihr bzw. bei Erweiterung des Bauauftrages muss eine neue Erkundigung wie vorstehend beschrieben erfolgen.

3. Kathodischer Korrosionsschutz (KKS)

Ferngasleitungen sind kathodisch gegen Korrosion geschützt. Entsprechende KKS-Anlagen sind nur zum Teil in den Schutzstreifen der Ferngasleitungen angeordnet. Außerhalb der Leitungstrassen liegende kathodische Korrosionsschutzanlagen haben einen eigenen Schutzstreifen. Zur Verringerung von Beeinflussungen aus Hochspannungsanlagen sind die Rohrleitungen zum Teil mit Erdern ausgerüstet. Die Erder sind in der Regel als Bandeisen aufgeführt und können innerhalb oder mit eigenen Schutzstreifen außerhalb der Schutzstreifen der Ferngasleitungen verlegt sein. Die einschlägigen Leitsätze der VDE- und AfK-Empfehlungen sind vom Kreuzungspartner zu beachten.

Bereiche, die hochspannungsbeeinflusst sind und an denen nur unter zusätzlichen Schutzmaßnahmen gearbeitet werden darf, sind in der Bestandsdokumentation durch den Hinweis eines Stempelaufdrucks gesondert ausgewiesen.

4. Sicherung gegen Bergbaueinwirkungen

Zur Sicherung gegen Bergbaueinwirkungen sind die Ferngasleitungen in Gebieten mit aktivem oder ehemaligem Bergbau an Bögen (Richtungsänderungen im Leitungsverlauf) mit Gegendrucklagern versehen. Der hinter den Gegendrucklagern liegende Einwirkungsbereich der dort auftretenden Kräfte ist mit einem eigenen Schutzstreifen versehen. In diesem Einwirkungsbereich sind Erdarbeiten nur in Abstimmung mit uns und erst nach Durchführung der erforderlichen Sicherungsmaßnahmen zulässig.

5. Bauvorhaben im Schutzstreifenbereich

Die Bauarbeiten im Bereich von Ferngasleitungen und zugehörigen Anlagen dürfen nur unter kontinuierlicher fachkundiger Aufsicht durchgeführt werden. Diese muss vom Bauausführenden organisiert, gewährleistet und namentlich benannt werden. Die notwendige Fachkunde wird durch den Nachweis eines Lehrganges nach z. B. DVGW-Hinweis GW 129 oder einer Zertifizierung nach DVGW-Arbeitsblatt GW 381 erbracht.

5.1 Innerhalb der Schutzstreifen sind aufgrund der technischen Bestimmungen und Vorschriften (DVGW-Regelwerk) folgende Auflagen einzuhalten:

5.1.1 Arbeiten im Schutzstreifenbereich bedürfen unserer vorherigen Zustimmung.

5.1.2 Der Einsatz von Baumaschinen ist nur nach vorheriger Einweisung und/oder unter Aufsicht unseres Beauftragten zulässig.

Das Befahren der Ferngasleitungen/Schutzstreifen mit schweren Bau-/Transportfahrzeugen ist nur unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen und nach erfolgter Zustimmung/Einweisung durch unseren Beauftragten gestattet.

Leitungsbereiche, in denen Dehner und/oder Krümmerfundamente verbaut sind, dürfen auch nicht ausnahmsweise überfahren werden.

Bauzeitliche Überfahrungen in unzureichend befestigten/abgeschobenen Bereichen mit schweren Fahrzeugen sind ohne zusätzliche Schutzmaßnahmen untersagt. Erforderliche Überfahrten sind nur nach vorheriger Absprache mit uns und unter Einhaltung besonderer Sicherheitsvorkehrungen zulässig. Ggf. wird eine rechnerische/technische Überprüfung durch einen Sachverständigen erforderlich. Die daraus resultierenden Vorgaben sind verbindlich.

Die Verkehrsführung entlang unserer Anlagen hat außerhalb der Schutzstreifen zu erfolgen. Überfahrungen unserer Anlagen in Längsrichtung sind grundsätzlich zu vermeiden. Wende/Rangierbereiche und Ausweichbuchten sind außerhalb der Schutzstreifen anzuordnen.

- 5.1.3 Der Zugang bzw. die Zufahrt zu den Ferngasleitungen muss auch während der Bauzeit in jedem Fall gewahrt bleiben.
- 5.1.4 Die Errichtung von Bauwerken innerhalb des Schutzstreifens ist nicht erlaubt. Mauern, Gatter, Zäune und dergleichen dürfen nur nach Abstimmung mit unserem Beauftragten errichtet werden. Das Lagern von Material, Gerät und Erdaushub innerhalb des Schutzstreifens ist nur mit unserer Zustimmung gestattet.
- 5.1.5 Baumanpflanzungen sollten grundsätzlich nur außerhalb des Schutzstreifens erfolgen, um eine gegenseitige Beeinträchtigung zu vermeiden. In begründeten Ausnahmefällen kann hiervon abgewichen werden, wenn zum Schutz der Ferngasleitung sowie dem Erhalt der Zugänglichkeit und Einsehbarkeit der Leitungstrasse zwischen Bepflanzung und Ferngasleitung ein lichter Abstand von min. 2,5 m eingehalten wird. Dazu sind Vorkehrungen gem. DVGW-Merkblatt GW 125 im Bereich des Wurzelwerkes erforderlich, die eine spätere Beschädigung der Leitungsumhüllung wirksam verhindern. Dies ist ebenfalls mit unserem Beauftragten abzustimmen.
- 5.1.6 Bei der Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) müssen Abstände bis 850 m eingehalten werden. Diese Abstände können im Einzelfall in Abhängigkeit der Leistungs- und Kenndaten bis auf 35 m verringert werden. Hierzu ist in jedem Fall die Abstimmung und Genehmigung mit uns zwingend erforderlich. Dazu sind uns alle technischen Daten zur Verfügung zu stellen.
- 5.1.7 Das vorhandene Geländeniveau ist zwingend beizubehalten. Jegliche Niveauänderungen (z. B. durch Abschieben von Erd- oder Mutterboden) sind nur nach vorheriger Absprache im Ausnahmefall statthaft.
- 5.1.8 Die bis an die Erdoberfläche reichenden Armaturen sind zugänglich zu halten, zu schützen und durch geeignete Absperrungen zu sichern.

- 5.1.9 Markierungen, Schilderpfähle und Festpunktzeichen dürfen ohne unsere Zustimmung nicht entfernt oder versetzt werden. Wir behalten es uns vor, nach Beendigung der Arbeiten das Einmessen und Wiedereinsetzen der Zeichen zu Lasten des Bauträgers vorzunehmen.
- 5.1.10 Bodendurchpressungen, Spülbohrungen, Ramm- und Pfahlgründungsarbeiten, Sprengungen oder ähnliche Arbeiten dürfen in der Nähe von Ferngasleitungen nur nach Abstimmung mit unserem Beauftragten und nach Durchführung eventuell erforderlicher Sicherungsmaßnahmen erfolgen.
- 5.1.11 Die Einleitung von Oberflächenwässern/aggressiven Abwässern in den Schutzstreifen ist unzulässig.

5.2 Kreuzung und Parallelführung mit Ferngasleitungen und Kabeln

- 5.2.1 Die Ferngasleitungen bzw. die parallel laufenden Betriebskabel dürfen nur nach vorheriger Absprache mit unserem Beauftragten freigelegt und wieder verfüllt werden.
- 5.2.2 Baugruben im Kreuzungsbereich sind entsprechend den Vorschriften anzulegen, wobei die freigelegte Leitungs- bzw. Kabellänge das Maß von 3 m (Stützweite) nicht überschreiten darf. Die Entfernung oder Freilegung von Fundamenten an den Ferngasleitungen ist nicht zulässig.

- 5.2.3 Ein Erdabtrag über den Ferngasleitungen und mitgeführten Kabeln darf nur dann mit Maschinen erfolgen, wenn eine vorherige Einweisung durch unseren Beauftragten erfolgt ist. Vor dem Einsatz von Maschinen muss die exakte Lage (Verlauf und Tiefe) von Ferngasleitungen und Kabeln durch von Hand anzulegende Suchschlitze (ggf. an mehreren Stellen) eindeutig festgestellt werden. Das Abschieben der Erdmassen soll grundsätzlich in Leitungsrichtung erfolgen.
- 5.2.4 Im Parallelverlauf müssen die Baugruben so angelegt und wieder verfüllt werden, dass keine nennenswerten Bewegungen im Erdreich auftreten. In Sonderfällen behalten wir es uns vor, die Ferngasleitungen während der Baumaßnahme auf Lageveränderung zu kontrollieren. Auch dies bedarf einer vorherigen Abstimmung und Genehmigung.
- 5.2.5 Im Kreuzungsbereich ist bei der Verlegung in offener Bauweise zwischen den Ferngasleitungen und Kabeln ein lichter Abstand von mindestens 0,4 m einzuhalten. Sollte der Mindestabstand aus irgendeinem Grunde unterschritten werden müssen, so ist hierüber vorher mit unserem Beauftragten Rücksprache zu nehmen und die Genehmigung einzuholen. Eine zusätzliche Isolation der neu zu verlegenden Anlage im Kreuzungsbereich über mindestens 1 m rechts und links der gekreuzten Rohraußenkanten wird empfohlen. Kreuzende Kabel sind innerhalb des Schutzstreifens grundsätzlich in Kabelschutzrohren zu verlegen.
- 5.2.6 Die Unterfahrung der Ferngasleitungen durch Kanäle, Leitungen, Kabel u. ä. mittels grabenloser Verfahren (z.B. Pressung, Spülbohrung, Microtunneling u. ä.) bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Vor der Unterfahrung der Ferngasleitung muss der Kreuzungsbereich zur Kontrolle der Leitungslage und des Vortriebs freigelegt werden. Im Kreuzungsbereich muss ein lichter Abstand von mindestens 0,5 m zu den Ferngasleitungen sicher eingehalten werden. Die Einhaltung soll über die gesamte Schutzstreifenbreite erfolgen. Abhängig von der Kreuzungssituation können größere Mindestabstände sowie ein Monitoring der Lage der Ferngasleitung erforderlich werden. Dies ist im Vorfeld mit uns abzustimmen.

- 5.2.7 Parallel verlaufende Leitungen, Kanäle, Kabel u. ä. sind grundsätzlich außerhalb des Schutzstreifens der Ferngasleitungen zu verlegen. Ist in Sonderfällen eine Inanspruchnahme unseres Schutzstreifens nicht zu umgehen, bedarf es unbedingt der vorherigen technischen Abstimmung. Bei mehr als 100 m Parallelverlauf ist ein Interessenabgrenzungsvertrag abzuschließen.
- 5.2.8 Freigelegte Rohre und leitungszugehörige Bestandteile einschließlich Begleitkabel sind durch Holzummantelung o. ä. so zu sichern, dass sie gegen mechanische Beschädigung von außen geschützt sind. In Baugruben dürfen Kabel nicht frei hängen, sondern müssen in Abstimmung mit unserem örtlichen Beauftragten unterfangen oder aufgehängt werden.
- 5.2.9 Eine elektrische Beeinflussung der hinzukommenden Leitung durch den kathodischen Korrosionsschutz der Ferngasleitungen oder durch Anoden von Korrosionsschutzanlagen und umgekehrt ist zu prüfen. Erforderlichenfalls sind auf Kosten des Eigentümers der hinzukommenden Leitung Maßnahmen zu ergreifen.

Errichtung und Betrieb von Trassen erdverlegter Kabel für Hochspannungs-Drehstrom-Übertragung (HDÜ) und Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) bei Kreuzungen und Schutzstreifenbündiger Verlegung

Diese bedürfen der besonderen Bewertung im Einzelfall. Eine vorherige Abstimmung und Genehmigung mit uns ist zwingend erforderlich. Hierzu sind uns alle technischen Daten und Informationen zur Verfügung zu stellen, die insbesondere eine abschließende Bewertung der Strombeeinflussung und der diesbezüglich zu ergreifenden Schutzmaßnahmen zulassen. Wir behalten uns vor dem Verursacher entstehende Kosten für erforderliche Stellungnahmen, Gutachten, Betriebsaufsichten und Sicherungsmaßnahmen in Rechnung zu stellen. Eine vertragliche Regelung ist hierfür mit uns vorab abzuschließen

5.2.10 Vor dem Verfüllen der Baugrube muss eine Abnahme und Einmessung durch unseren Beauftragten durchgeführt werden. Bei der Verfüllung des Rohrgrabens muss im Bereich der Leitungszone (bis 30 cm über Rohrscheitel) die Ferngasleitung mit steinfreiem neutralem Boden, vorzugsweise Sand, eingebettet werden. Dabei ist darauf zu achten, dass die Ferngasleitung in ihrer Lage verbleibt. Das Gleiche gilt für Kabel, für welche eine eigene Kabelsohle zu schaffen ist.

Generell erfolgt das Einbauen lagenweise. Zur weiteren Verfüllung dürfen keine Steine, kein schwer zu entfernendes Material und kein Bauschutt verwendet werden.

Werden die Verdichtungsarbeiten maschinell durchgeführt, sind die in der Grafik angegebenen Betriebsgewichte der Verdichtungsgeräte nicht zu überschreiten.

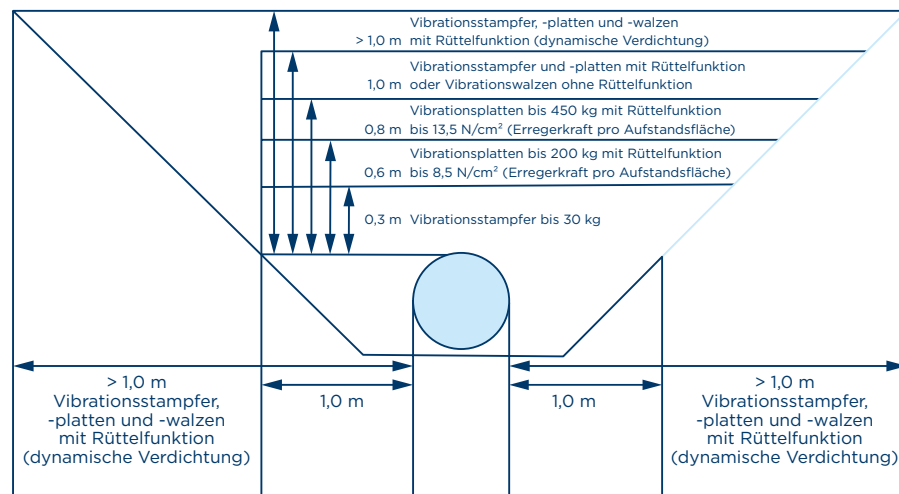


Abbildung 1: Maximale Betriebsgewichte der Verdichtungsgeräte (nicht maßstabsgerecht)

5.2.11 Schächte und Verteilerschränke sind außerhalb des Schutzstreifens anzuordnen. Ist in Sonderfällen die Anordnung von Schächten im Schutzstreifen unvermeidbar, sind diese fugendicht zu verputzen und mit einer dichtenden Masse zu streichen.

5.2.12 Sicherungs- und/bzw. Anpassungsmaßnahmen, die sich im Zuge der Baumaßnahme ergeben können, behalten wir uns ausdrücklich vor.

5.2.13 Wo es nach unserer Auffassung zum Schutze unserer Anlagen erforderlich ist, werden wir eine Betriebsaufsicht stellen, deren Weisungen in einer konkreten Gefährdungslage Folge zu leisten ist.

6. Benachrichtigung

Spätestens **zwei Wochen** vor Aufnahme von Arbeiten im Bereich unserer Anlagen ist dem Beauftragten der Beginn der Arbeiten unter Angabe der Vorgangsnummer, Ort, Art und voraussichtlicher Bauzeit anzuzeigen. Dies gilt auch, wenn aus der Planung keine direkte Gefahr für Anlagen besteht.

Bei Baubeginn müssen die **gültigen Bestandspläne, das Antwortschreiben/Stellungnahme Ihrer Planungs-/Bauanfrage sowie alle Ihnen zur Verfügung gestellten Unterlagen** auf der Baustelle vorliegen und nachweislich bekannt sein, ebenso hat eine aktuelle Einweisung vor Ort durch unseren Beauftragten zu erfolgen.

Die Rufnummer unseres Beauftragten ist der Stellungnahme der PLEdoc GmbH zu entnehmen.

Bei Abweichungen von der Bauplanung, d. h. einer Erweiterung des Bauauftrages/-umfanges, der einzusetzenden Maschinen und Geräte muss eine neue Erkundung und Abstimmung erfolgen.

7. Schadensfälle

Sollten unsere Anlagen während der Arbeiten im Bereich der Ferngasleitungen aus irgendeinem Grunde beschädigt werden, so ist unverzüglich die

**Zentrale Meldestelle der
Open Grid Europe GmbH
Rufnummer T 0800-3355330**

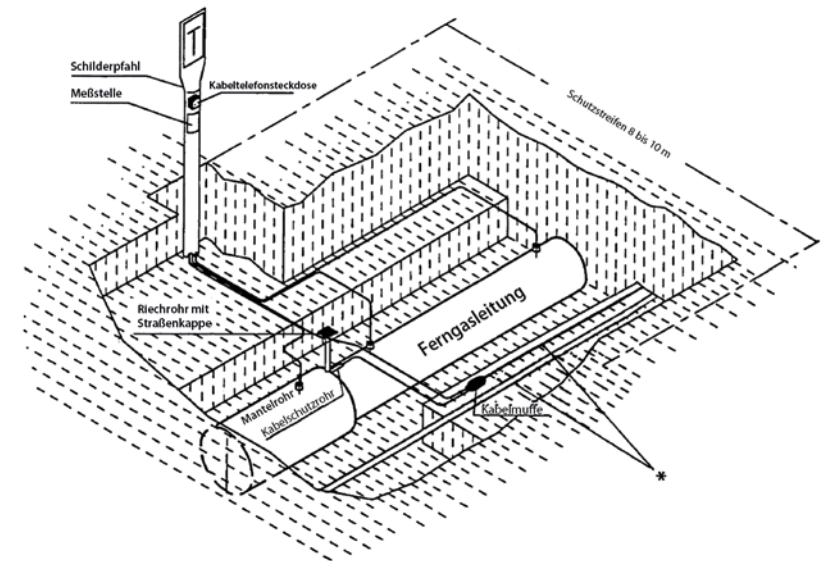
zu benachrichtigen.

Unsere Zentrale Meldestelle ist Tag und Nacht telefonisch erreichbar und wird schnellstens die erforderlichen Maßnahmen veranlassen.

Die Schadensstelle ist vor dem Betreten durch Unbefugte zu schützen, die Arbeiten sind in dem betroffenen Bereich unverzüglich einzustellen, weitläufig abzusperren und bis zum Eintreffen unseres Beauftragten zu beaufsichtigen.

Beispiel einer erdverlegten Ferngasleitung mit Zubehör

Die Darstellung enthält nur die hauptsächlich vorkommenden Möglichkeiten und ist nicht maßstabsgerecht.



* Begleitkabel und ggf. Kabelschutzrohranlage (KSR-Anlage) mit einliegenden Lichtwellenleiterkabeln

I/08



DB AG - DB Immobilien • Erna-Scheffler-Str. 5 • 51103 Köln

Kreisstadt Steinfurt
Fachdienst Stadtplanung und Bauordnung
Bärbel Schnieder
Emsdettener Str. 40
48565 Steinfurt

DB AG - DB Immobilien
Kundenteam Eigentumsmanagement - Baurecht
CR.R 041
Erna-Scheffler-Str. 5
51103 Köln
www.deutschebahn.com/de/geschaefte/immobilien/

Jessica Mohr
Telefon: +49 40 3918 2038
Jessica.Mohr@deutschebahn.com

Allgemeine Mail-Adresse:
DB.DBImm.NL.HMB.Postfach@deutschebahn.com

Vorab per E-Mail: schnieder@stadt-steinfurt.de

Zeichen: Az.: TÖB-NW-23-157703

10.05.2023

Ihr Schreiben/E-Mail vom: 04.05.2023 / Ihr Zeichen: ./.

91. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Steinfurt zur 2. Änd. des sachlichen und räumlichen Teilflächennutzungsplanes „Windenergie“ zur Ergänzung einer Konzentrationszone gemäß § 1 (8) i. V. m. § 2 BauGB,
hier: Benachrichtigung gemäß § 4 (1) BauGB

Sehr geehrte Damen und Herren,

die DB AG, DB Immobilien, als von der DB AG und ihrer Konzernunternehmen bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren.

Die DB Strecke 2014 Nevinghof - Gronau (DB Grenze), km 23,1 - 37,6 verläuft im Stadtgebiet der Stadt Steinfurt.

Das Planungsgebiet im Nordwesten liegt in ca. 100m Entfernung zur o.g. Strecke.

Der Änderungsbereich im Südosten des Stadtgebietes liegt ausreichend entfernt zur vorgenannten DB Strecke.

Gegen das o.g. Vorhaben in diesem Verfahrensschritt -Einholung von Stellungnahmen zur Festlegung von Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 4 Abs. 1 BauGB- äußern wir keine grundsätzlichen Bedenken.

Für die weitere Planung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach §4 Abs. 2 BauGB ist folgende Stellungnahme zu beachten:

Bei der Festlegung / Festsetzung von Standorten für Windenergieanlagen (WEA) / Windkraftanlagen (WKA) sind folgende grundsätzlichen Hinweise und Auflagen zu beachten:

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden o.g. Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Deutsche Bahn AG
Sitz: Berlin
Registergericht:
Berlin-Charlottenburg
HRB 50 000
USt-IdNr.: DE 811569869

Vorsitzender des
Aufsichtsrates:
Michael Odenwald

Vorstand:
Dr. Richard Lutz,
Vorsitzender

Dr. Levin Holle
Berthold Huber
Dr. Daniela Gerd tom Markotten
Dr. Sigrid Evelyn Nikutta
Ronald Pofalla
Martin Seiler

Unser Anliegen:





2/2

Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG).

Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt sowie dem Schattenwurf, dringend geschützt werden.

Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß EiTB Kapitel 2.7 Anlage A 1.2.8./6 einen Abstand von größer gleich 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Grundstücksgrenze der DB AG) aufweisen.

Grundsätzlich gilt, dass Windenergieanlagen einschließlich ihrer Energiekabel die Betriebsanlagen der Eisenbahn nicht unzulässig beeinflussen dürfen.

Ferner ist der Bundesverkehrswegeplan (BVWP) 2030 zu beachten. Planungen aus dem BVWP 2030 können über das PRINS System (https://www.bvwpprojekte.de/map_railroad.html) abgerufen werden.

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass auch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) im Rahmen der Fachanhörung direkt am Verfahren zu beteiligen ist und eine gesonderte Stellungnahme einzuholen ist.

Abschließend weisen wir darauf hin, dass der o. g. Flächennutzungsplan gemäß § 1 Abs. 2 BauGB eine vorbereitende Bauleitplanung darstellt. Wir behalten uns vor, zu dem o. g. Verfahren und zu Bebauungsplänen, die sich aus diesem Flächennutzungsplan entwickeln werden, unabhängig von unserer vorstehenden Stellungnahme Bedenken und Anregungen vorzubringen. Diese können auch grundsätzlicher Art sein, sofern Unternehmensziele oder Interessen der Deutschen Bahn AG dies erfordern.

Auf die durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehenden Immissionen und Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall usw.) wird vorsorglich hingewiesen.

Wir bitten Sie, uns das Abwägungsergebnis zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem weiteren Verfahren zu beteiligen.

Die späteren Anträge auf Baugenehmigung für angrenzende Bauvorhaben sollten uns erneut zur Stellungnahme vorgelegt werden, wir behalten uns weitere Bedingungen und Auflagen vor.

Für Rückfragen stehen wir gerne zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Deutsche Bahn AG

Cornelia Co
i.V. Lorenz

Digital unterschrieben von
Cornelia Co Lorenz
Datum: 2023.05.11 08:12:43
+02'00'

i.A. Jessica Mohr

Digital unterschrieben von Jessica
Mohr
Datum: 2023.05.10 13:30:08 +02'00'

+++ Datenschutzhinweis: Aus aktuellem Anlass möchten wir Sie darauf hinweisen, dass die in Stellungnahmen des DB Konzerns enthaltenen personenbezogenen Daten von DB Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (Vor- und Nachname, Unterschriften, Telefon, E-Mail-Adresse, Postanschrift) vor der öffentlichen Auslegung (insbesondere im Internet) geschwärzt werden müssen. +++